

15 Jahre Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“

Wie steht es um die Anerkennung?

Von Marian Meyer

Die Entwicklung von Thema und Fragestellung fand im Laufe des Sommersemesters 2014 im Rahmen des Abschlusskolloquiums von Prof. Dr. Anke Hanft und Dr. Annika Maschwitz statt.

In diesem Exposé wird das Vorhaben einer Bachelorarbeit zum Thema „Anerkennung“ im Bürgerschaftlichen Engagement beschrieben. Ausgehend vom Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ sollen auf theoretischer Grundlage, unter Beachtung thematischer Surveys, die Möglichkeiten und Grenzen einer Kultur der Anerkennung im Bürgerschaftlichen Engagement diskutiert werden.

Am 15. Dezember 1999 verabschiedete der Deutsche Bundestag den Beschluss zur Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Thema „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, versehen mit dem Auftrag, „konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu erarbeiten“ (Deutscher Bundestag, 1999, S. 1). Die Arbeit und der Abschlussbericht der Enquete-Kommission sollen Grundlage für das hier beschriebene Vorhaben sein, bei dem insbesondere der

Faktor „Anerkennung“ in den Fokus genommen werden soll.

Der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“

Der Begriff des Bürgerschaftlichen Engagements wurde durch die Enquete-Kommission geprägt und verstärkt in die Wahrnehmung von Öffentlichkeit und Politik transferiert. Die Kommission wählte diesen Begriff sehr bewusst, auch wenn er in der breiten Öffentlichkeit eher unbekannt war und dort Begriffe wie etwa das „Ehrenamt“ gebräuchlicher waren (Deutscher Bundestag, 2002). Diese Entscheidung sollte eine

Exposés

Marian Meyer
15 Jahre Enquete-Kommission „Zukunft des
Bürgerlichen Engagements“

forsch! 01/ 2015



Abkehr vom traditionellen Verständnis des „Ehrenamts“ erzeugen, das sich aus einer preußischen Notlage leerer Kassen mit der verpflichtenden Übernahme staatlicher Aufgaben durch einzelne Bürger entwickelte. Der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ soll im Gegensatz dazu eine „von unten“, nicht staatlich gelenkte und selbstorganisierte Form des Einbringens von Bürgerinnen und Bürgern in die Gesellschaft beschreiben (Zimmer, 2005).

Die Enquete-Kommission und ihre Arbeit

Die Enquete-Kommission, bestehend aus elf Abgeordneten des Deutschen Bundestages und elf Sachverständigen¹, erstellte in rund zweijähriger Arbeit einen 432 Seiten umfassenden Abschlussbericht, der in einem ersten Schritt die damalige Situati-

¹ Mitglieder der Kommission: Dr. Michael Bürsch, Renate Gradistanac, Karin Kortmann, Ute Kumpf, Karsten Schönfeld (alle MdB, Mitglied der SPD Fraktion); Ilse Aigner, Norbert Barthle, Marie-Luise Dött (alle MdB, Mitglied der CDU/CSU Fraktion); Christian Simmert MdB (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen); Gerhard Schüßler MdB (FDP Fraktion); Dr. Klaus Grehn MdB (PDS Fraktion); Prof. Dr. Adelheid Biesecker, Prof. Dr. Adalbert Evers, Prof. Dr. André Habisch, Prof. Dr. Peter Maser, Privatdozent Dr. Gerd Mutz, Ludwig Pott, Manfred Spangenberg, Prof. Dr. Roland Roth, Rupert Graf Strachwitz, Prof. Dr. Thomas Olk, Olaf Zimmermann.

on des Bürgerschaftlichen Engagements in seiner Vielfalt skizzieren und im Besonderen Klarheit in den diffusen Begriff des Bürgerschaftlichen Engagements bringen sollte. In einem zweiten Schritt wurde, einer Schwerpunktsetzung folgend, eine Bestandsaufnahme des existierenden Bürgerschaftlichen Engagements erstellt, diese wiederum analysiert und darauf aufbauend, Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten erörtert, bevor in einem dritten und letzten Schritt „Handlungsempfehlungen und Entwicklungsperspektiven in Staat und Gesellschaft“ (Deutscher Bundestag, 2002, S. 5), vorrangig Empfehlungen für die Politik, zur Förderung und Verstetigung von Bürgerschaftlichen Engagement aufgezeigt wurden (Deutscher Bundestag, 2002).

Die erste Bestandsaufnahme der Enquete-Kommission zeigt die Vielfalt des Bürgerschaftlichen Engagements. Es umfasst „politisches, soziales und geselliges“ (Deutscher Bundestag, 2002, S. 24) Engagement, das Engagement als Gewerkschafter oder in einer Partei, die Teilnahme bei Volksentscheiden oder Protestaktionen, aber auch die finanzielle Unterstützung von Bürgerinitiativen oder Stiftungen, die unentgeltliche Arbeit in einem Seniorenwohnheim oder Kindergarten oder aber auch die Mitgliedschaft in einem Sport- oder Kulturverein. Somit umspannt

der Begriff des Bürgerschaftlichen Engagements alle Bestandteile der Gesellschaft (Deutscher Bundestag, 2002). Annette Zimmer fasst Bürgerschaftliches Engagement dementsprechend auch als „das Spenden von Zeit und oder Geld im Dienst der Allgemeinheit und des allgemeinen Wohls“ (Zimmer, 2005, S. 4) zusammen. Die Enquete-Kommission arbeitete unter anderem „klassifikatorische Kriterien“ (Deutscher Bundestag, 2002, S. 38) aus, die Bürgerschaftliches Engagement näher bestimmen sollen und die erfüllt sein müssen, um von „Bürgerschaftlichen Engagement“ sprechen zu können. Demnach ist Bürgerschaftliches Engagement:

- „freiwillig,
- nicht auf materiellen Gewinn gerichtet,
- gemeinwohlorientiert,
- öffentlich bzw. findet im öffentlichen Raum statt und
- wird in der Regel gemeinschaftlich/kooperativ ausgeübt“ (Deutscher Bundestag, 2002, S. 38).

Anerkennung und Bürgerschaftliches Engagement

Ein zentrales Element, welches in den Ausführungen zum Bürgerschaftlichen Engagement beständig auftaucht, ist die „Anerkennung der Arbeit“. Diesem Gedanken liegt die Frage zu Grunde, wie freiwillig

Engagierte für ihre Bemühungen „entlohnt“ werden können. Auch die Enquete-Kommission führt die Beantwortung dieser Frage als wichtige Aufgabe der Zukunft an. Sie spricht in ihren Leitlinien davon, dass

„Anerkennung [...] eine der wichtigsten Formen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements [ist]. Die Enquete-Kommission zielt auf die Entwicklung einer umfassenden Anerkennungskultur, die zu einer nachhaltigen Wertschätzung, Ermutigung und öffentlichen Sichtbarkeit bürgerschaftlichen Engagements beiträgt“ (Deutscher Bundestag, 2002, S. 6).

Trotz dieser frühen Analyse der Problematik ist bis zum heutigen Tage festzustellen, dass dieses Thema für Trägerorganisationen und Organisatoren Bürgerschaftlichen Engagements, zumindest in ihrer Wahrnehmung, eine große Herausforderung darstellt. So sprechen Vertreter von Organisationen des entwicklungspolitischen Bürgerschaftlichen Engagements und internationaler Freiwilligendienste bei einer öffentlichen Anhörung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages am 04. Juni 2014 beim Blick auf ihre zukünftigen Herausforderungen davon, dass „die Verbesserung der Anerkennungskultur [...] ein weiterer wichtiger Punkt“ (Deutscher Bundestag, 2014, S. 12) sei.



Etwas anders stellt sich, den thematischen Surveys und Befragungen zufolge, die Situation für die Freiwilligen selbst dar. Einen ersten Eindruck vermittelt beispielsweise der Freiwilligensurvey 2009 (Zahlen im Vergleich zum Freiwilligensurvey von 1999): im Jahr 1999 erreichte die Aussage „[...] dass man für die Tätigkeit auch Anerkennung findet“ auf einer fünfstufigen Skala, die die Wichtigkeit verschiedener Faktoren im subjektiven Empfinden der Freiwilligen ermittelt und bei der der Wert 5 der höchsten Zustimmung entspricht, einen Durchschnittswert von 3,3, im Jahr 2009 von 3,1. Zum Vergleich erhält in der gleichen Befragung die Aussage „[...] dass die Tätigkeit Spaß macht“ einen Wert von 4,5 (1999) bzw. 4,4 (2009) (Gensicke & Geiss, 2010).

Deutlicher ist der Wert in Bezug auf Verbesserungswünsche gegenüber den Organisationen. Im Survey von 1999 äußerten noch 32 % der Befragten den Wunsch nach besserer Anerkennung durch die Hauptamtlichen der Organisation, im Jahr 2009 sank dieser Wert auf 27 %. Deutlich häufiger wird hier beispielsweise der Wunsch nach mehr Finanzmitteln für bestimmte Projekte geäußert (63 % im Jahr 1999 bzw. 62 % im Jahr 2009). Interessanterweise steigt, wenn auch auf eher niedrigem Niveau, der Wunsch der Befragten nach öffentlicher Anerkennung, zum

Beispiel durch Ehrungen. Im Jahr 1999 wurde dieser Wunsch noch von 23 % der Befragten geäußert, im Jahr 2009 von 25 % (Gensicke & Geiss, 2010). Erstaunlich ist dies, da besonders in diesem Bereich im Nachgang der Enquete-Kommission große Veränderungen unternommen wurden (z.B. Einführung der Auszeichnung „Deutscher Bürgerpreis“ im Jahr 2003, „ECHT GUT!“ im Jahr 2004, U23-Ehrenamtspreis des Niedersächsischen Fußballbundes im Jahr 2004, Ehrenamtspreis der Stadt Biberach im Jahr 2003 und des Bezirks Berlin Mitte im Jahr 2003 ...).

Ziel und Rahmen der Bachelorarbeit

Aus der zuvor skizzierten Situation leitet sich eine grundsätzliche Fragestellung ab, der in der zu erstellenden Arbeit nachgegangen werden soll: Welche Möglichkeiten und Grenzen liegen in einer Kultur der Anerkennung für das Bürgerschaftliche Engagement? Da die letzten Jahre zeigen, dass es, zumindest einer subjektiven Empfindung der Akteurinnen und Akteure in Organisationen, Politik und auch Wissenschaft folgend, eine mangelhafte Implementierung einer Kultur der Anerkennung im Bürgerschaftlichen Engagement gibt, soll die Beantwortung der Fragestellung die Herausarbeitung einer neuen Struktur des Themenbereichs „Engagement und Anerkennung“ unterstützen und

gegebenenfalls neue Diskussionsansätze ermöglichen. Besonders beachtet werden sollen hierbei die Entwicklung der Implementierung einer Anerkennungskultur und mögliche Veränderungen seit Einsetzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages im Jahr 1999. Dementsprechend soll die Arbeit die Diskussion um eine Kultur der Anerkennung im Kontext Bürgerschaftliches Engagement sortieren, analysieren und bewerten.

Für die Erstellung der literatur- und theoriebasierten Arbeit und zur Beantwortung der Leitfrage sollen zunächst die zentralen Begriffe „Enquete-Kommission“ und „Bürgerschaftliches Engagement“ erläutert werden. In einem folgenden Schritt soll, als theoretischer Unterbau, die Theorie der Anerkennung nach Axel Honneth eingebracht werden. Als Überleitung zur konkreten Fragestellung ist eine Betrachtung des Fachdiskurses zur Anerkennungskultur, vor allem im Kontext Bürgerschaftlichen Engagements, angedacht. Abschließend sollen zur Vorbereitung der Diskussion von Möglichkeiten und Grenzen einer Anerkennungskultur im Bürgerschaftlichen Engagement die verschiedenen Formen, Gründe und Entwicklungen der Anerkennung im Zusammenhang mit Bürgerschaftlichen Engagement aufgezeigt werden. Daraus ergibt sich folgende erste Gliederung als Orientierung:

- Einleitung
- Begrifflichkeiten & Definitionen
- „Bürgerschaftliches Engagement“
- Enquete-Kommission
- Theorie der Anerkennung nach Axel Honneth
- Kultur der Anerkennung/Anerkennungskultur (Fachdiskurs)
- Anerkennung im Kontext Bürgerschaftliches Engagement
- Formen der Anerkennung
- Gründe für Anerkennung
- Entwicklung der Anerkennung
- Diskussion von Möglichkeiten und Grenzen einer Anerkennungskultur
- Fazit
- Literatur
- Anhang

Die Arbeit wird bis zum Ende des Sommersemesters 2014 an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg verfasst. Begleitet wird sie durch die Prüfer Prof. Dr. Karsten Speck und Prüferin Dr. Carmen Wulf.

Literaturverzeichnis

Alscher, M., Dathe, D., Priller, E., & Speth, R. (2009). Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.



- Beck, G., & Kropp, C. (Hrsg.). (2012). Gesellschaft innovativ. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beck, K., & Ziekow, J. (Hrsg.). (2011). Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deutscher Bundestag. (1999). Einsetzung einer Enquete-Kommission. Drucksache 14/2351. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag. (2002). Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Drucksache 14/8900. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag. (2014). Kurzprotokoll der 3. Sitzung Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“. Protokoll 18/3. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Ehrhardt, J. (2009). Ehrenamt. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Enste, D. H., Neumann, M., & Schare, T. (2012). Erster Engagementbericht 2012. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Forst, R., Hartmann, M., Jaeggi, R., & Saar, M. (Hrsg.). (2009). Sozialphilosophie und Kritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gensicke, T., & Geiss, S. (2010). Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. München: TNS infratest Sozialforschung.
- Gestring, N., Ruhne, R., & Wehrheim, J. (Hrsg.). (2014). Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heitmeyer, W., & Imbusch, P. (2005). Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Honneth, A. (2003). Kampf um Anerkennung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Iser, M. (2008). Kritische Theorie der Anerkennung. In M. Iser, Empörung und Fortschritt (S. 162-264). Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Kistler, E., Noll, H.-H., & Priller, E. (Hrsg.) (1999). Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin: edition sigma.
- Mutz, G. (2011). Bürgerschaftliches Engagement. Sozial Extra, 35(1-2), S. 41-44.
- Olk, T., & Gensicke, T. (2014). Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland (Bd. 43). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Roth, S., & Simoneit, G. (1993). Vergesellschaftung durch ehrenamtliche Tätigkeit. In M. Kohli et al (Hrsg.), Engagement im Ruhestand: Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby (S. 143-179). Opladen: Leske+Budrich.
- Wenzel, S. (2008). Wozu ein Anerkennungsaudit? In I. u. Amadeu Antonio Stiftung und RAA Berlin – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, „Ey, du Opfer...?“ (S. 9-11). Amadeu Antonio Stiftung.
- Zimmer, A. (2005). Aktive Bürgerschaft.

Abgerufen am 08. 06 2014 von www.aktive-buergerschaft.de: http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/Zimmer_Vortrag_2005.pdf.

forsch! 01/ 2015

Marian Meyer
15 Jahre Enquete-Kommission „Zukunft des
Bürgerlichen Engagements“

